

Bundestagspetition zu Soforthilfen für Selbstständige

Das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte unterstützt die Petition "[Verlängerung und rechtssichere Ausgestaltung von Soforthilfen für Selbstständige](#)" und ruft alle Kolleg*innen dazu auf, sie zu unterzeichnen. Die Petition läuft **bis zum 25.06.2020**. Sie wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstständigenverbände ([BAGSV](#)) eingereicht. Für die Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung dürften folgende Stellen besonders interessant sein: Die Soforthilfen müssen verlängert und rechtssicher ausgestaltet werden. Neben laufenden Betriebskosten müssen auch die Lebenshaltung, Miete und Krankenversicherung als notwendige Ausgaben anerkannt werden.

Die FAZ zitiert Andreas Lutz, den Chef des Verbandes der Gründer und Selbständigen in Deutschland (VGSD): „Die ganze Tonalität [der „Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen“] ist so, dass sich Selbstständige wie Kriminelle fühlen“. Er kritisiert auch die Jobcenter. „Sie nehmen oft keine Rücksicht auf die Lebensrealität von Selbständigen. Da wird dann einem freien Fotografen geraten, er solle erst mal seine Kameras verkaufen, das sei doch verwertbares Vermögen.“ Besser macht es laut Lutz Großbritannien. Dort bekämen Selbstständige 80 Prozent ihrer früheren Monatseinkünfte vom Finanzamt – bis zu 7500 Pfund (8400 Euro) für drei Monate.

Rahmenvereinbarung für die Berliner VHS-Dozent*innen

Für die VHS-Dozent*innen stellt der Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses (AH) vom 4.6.2020 einen Erfolg dar. Auf seiner 60. Plenarsitzung hat das Berliner AH den Antrag "Mehr soziale Sicherheit für Volkshochschul-Dozent*innen" angenommen, den die Koalitionsparteien eingebracht hatten. Damit fordert das Parlament den Senat auf, mit den Gewerkschaften und der Berliner Vertretung der VHS-Dozent*innen Verhandlungen zu einer Rahmenvereinbarung aufzunehmen. Damit wird über die Arbeitsbedingungen, d.h. Honorare und soziale Absicherung, verhandelt. Bis jetzt werden sie über die Verordnungen, ein einseitiges Instrument, geregelt. Im Land [Bremen](#) ist eine Rahmenvereinbarung 2019 in Kraft getreten.

Die jetzt bewilligte Version des Antrags wurde im Vergleich zur Fassung der ersten parlamentarischen Lesung geändert: „gemäß Beschlussempfehlung des Hauptausschusses“. Damit wurde die Weiterzahlung der Honorare für laufende und geplante Kurse bis zur Eröffnung der VHS (voraussichtlich im Juli oder August) verlängert. Auf der Webseite des rbb gibt es in der Rubrik "Soziale Sicherheit für VHS-DozentInnen" ein [Video](#) mit den Debatten in der Sitzung des AH vom 4.6.2020. Hier ist das Protokoll der Sitzung:

<https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/protokoll/plen18-060-bp.pdf>

Die Berliner Vertretung der VHS-Dozent*innen und ver.di erwarten vom Senat, dass er noch vor der Sommerpause Sondierungsgespräche führt, damit schnellstmöglich mit der Ausformulierung der Rahmenvereinbarung begonnen werden kann.

Öffentliche Aktionen von Honorarlehrkräften in München, Köln und Mainz

Am 16.05. veranstalteten Deutschdozent*innen eine kleine Demo in [München](#), an der sich ca. 60 Kolleg*innen beteiligten. Im Flyer hieß es: "Wir sind eine Gruppe von Deutschlehrern (DaF-Dozenten) in München und protestieren gegen die Art, wie sie in der Corona-Krise behandelt werden."

Seit dem 16.3.2020 dürfen sie der Arbeit nicht nachgehen; es wird erwartet, dass sie von den eigenen Ersparnissen leben, da sie keine Honorare erhalten und von den unter großer Medienaufmerksamkeit angekündigten Maßnahmen für kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige faktisch ausgeschlossen sind. Sie fordern daher, dass die Honorare in Höhe von mindestens 75% des durchschnittlichen Einkommens - auch für die Monate des Ausfalls - weitergezahlt werden. Der Ausgleich des Einkommensausfalls sollte verpflichtend sein und nicht den Trägern als freie Option empfohlen werden, wie es das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tut.

Am Freitag 29.5. demonstrierten ca. 120 Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen der VHS [Köln](#) für die Öffnung aller Kursräume des VHS-Studienhauses. Hintergrund der Kundgebung war die Entscheidung der Stadtspitze, 34 von 44 Kursräumen im Studienhaus dem städtischen Gesundheitsamt für seine Dienste zur Verfolgung von Infektionsketten zu überlassen. Der Unterricht, der in NRW seit dem 4. Mai wieder erlaubt ist, kann daher nur in sehr begrenztem Umfang wieder aufgenommen werden, denn im Studienhaus findet ein großer Teil der Integrationskurse statt. Den meisten DaF-Lehrkräften im Studienhaus macht das fehlende Raumangebot unmöglich, unter Bedingungen des Gesundheitsschutzes ihren Lebensunterhalt zu verdienen. In vielen Redebeiträgen von Lehrkräften wurde ihre Situation dargestellt, die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Bildung beklagt sowie die Politik des BAMF kritisiert, das Konzepte für die Fortsetzung der Integrationskurse auf die lange Bank schiebt. Die Redner*innen fordern von der Stadt, Ersatzräume zur Verfügung zu stellen, alle arbeitnehmerähnlichen Lehrkräfte in Ausfallregelungen einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass die VHS Köln nicht schwer beschädigt aus der Corona-Krise hervorgeht.

Am 3.6.2020 haben DaF/DaZ-Dozent*innen in [Mainz](#) vor dem Theater mit einer Papiertüten-Aktion auf ihre Situation aufmerksam gemacht, genauer gesagt auf die generellen schlechten Arbeitsbedingungen als freie Honorarkräfte und auf die Zuspitzung ihrer Lage, seitdem - bedingt durch die Corona-Pandemie - keine Kurse mehr stattfinden können. Angeregt wurden sie durch die [Aktion](#) der Initiative „Lehrkräfte gegen Prekarität“ aus Leipzig im April: Jede Menge Papiertüten wurden beschriftet oder mit Sprüchen beklebt wie etwa „Fair statt prekär“, „Das Leben wäre schöner, wärn wir nicht Tagelöhner“, „Rettungsnetze große Maschen, falln wir durch, nix in den Taschen“, „Bildungsvermittlung prekär, das geht gar nicht mehr“. Die Tüten wurden dann großflächig auf dem Theaterplatz aufgestellt. Zur einstündigen Aktion erschien dann ca. die Hälfte der Mainzer DaF/DaZ-Dozent*innen, viele ganz in Schwarz oder mit schwarzem Oberteil und einem aufgeklebten 'Namensschild', auf dem „Stundenlöhnerin“ bzw. „Stundenlöhner“ stand.